

# Fraktion **direkt**

30 | 30. Januar 2015

Zur Lage

## Nur durch Reformen wird Europa stärker Neue griechische Regierung muss Vernunft bewahren

Nach den Krisenjahren 2011 und 2012 hat sich der Euro in jüngster Vergangenheit stabilisiert. Irland, Portugal und Spanien haben große Fortschritte in ihrem Bemühen gemacht, Haushalte und Wirtschaft wieder in Ordnung zu bringen. Auch in Griechenland wurden Veränderungen eingeleitet.

In Athen gibt sich nach der vorgezogenen Parlamentswahl ein Bündnis von Links- und Rechtspopulisten entschlossen, den bisherigen Konsolidierungskurs zu verlassen. Mit den internationalen Gläubigern will es über einen neuen Schuldenschnitt verhandeln. Die Reformauflagen, an die die Kredite gekoppelt sind, will die neue Regierung am liebsten über Bord werfen.

Die europäischen Finanzminister und die EU-Kommission haben darauf gelassen reagiert. Dies ist richtig. Sicher, der griechischen Bevölkerung ist in der Vergangenheit einiges abverlangt worden. Aber es waren die Euro-Staaten, der Internationale Währungsfonds und die Europäische Zentralbank, die mit Krediten von rund einer Viertelbillion Euro Griechenlands Zahlungsfähigkeit gesichert haben. Ohne das Geld wäre wahrscheinlich nicht zuletzt das Sozialsystem in Griechenland zusammengebrochen. Vor dem Hintergrund der Hilfen hätte sich jede antideutsche Rhetorik eigentlich verbieten müssen.

---

*„Keine Leistung ohne  
Gegenleistung“*

---

Die Kredite wurden auch zu Konditionen gewährt, die den griechischen Haushalt derzeit kaum belasten. Eine Rückzahlung von Verbindlichkeiten steht für die kommenden Jahre nicht an. Es ist zu hoffen, dass sich die neue Regierung in Athen mit diesen Realitäten vertraut macht. Vor allem muss sie erkennen, dass sie auch in Zukunft auf Hilfen



Foto: Laurence Chaperon

**Volker Kauder**  
Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

anderer Staaten angewiesen sein wird. Diese wird die internationale Gemeinschaft aber nur dann gewähren, wenn die griechische Regierung weitere Reformen in ihrem Land durchführt. Unter anderem muss sie gewährleisten, dass die Reichen des Landes endlich Steuern zahlen. Um es klar zu sagen: Für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird es auch in Zukunft keine Leistung ohne Gegenleistung geben.

Was die Reform der Wettbewerbsfähigkeit angeht, so muss sich Europa in Zukunft generell mehr anstrengen als in der Vergangenheit. Das gilt auch und gerade nach dem Beschluss der Europäischen Zentralbank, Staatsanleihen im großen Stil aufzukaufen. Im Vergleich zu vielen anderen Regionen der Welt ist Europa immer noch nicht innovativ genug.

*Volker Kauder*

## Inhalt

Nur durch Reformen wird Europa stärker	1
Bürokratischen Mehraufwand begrenzen	2
„Auf den Lorbeeren nicht ausruhen“	3
„Geldpolitik ersetzt keine Reformen“	4
Mit Datenspeicherung gegen kriminelle Banden	5
„Es gibt keine deutsche Identität ohne Auschwitz“	6
Hohe Leistungsfähigkeit der deutschen Landwirtschaft macht stolz	7
Letzte Seite	8

## Kommentar

# Bürokratischen Mehraufwand begrenzen

## Für Korrekturen an den Dokumentationspflichten



Foto: Dominik Butzmann

**Michael Grosse-Brömer**  
Erster Parlamentarischer Geschäftsführer  
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Wir haben im vergangenen Jahr in einem intensiven Diskussionsprozess zusammen mit dem Koalitionspartner ein Mindestlohn-Gesetz auf den Weg gebracht. Dabei haben wir noch entscheidende Korrekturen vorgenommen, bevor wir das Gesetz verabschiedet haben. Uns war wichtig, dass die Tarifautonomie berücksichtigt wird. Politik sollte sich aus der Lohnfindung heraushalten.

Seit 1. Januar diesen Jahres ist das Gesetz nun in Kraft. Bei der praktischen Umsetzung sind jedoch innerhalb kürzester Zeit Probleme sichtbar geworden. Durch die nun viele Bereiche betreffenden Dokumentationspflichten entsteht den Arbeitnehmern und Arbeitgebern vielerorts ein erheblicher bürokratischer Mehraufwand. Und nicht nur das: Es gibt auch Verunsicherung, welche Tätigkeiten künftig in welchem zeitlichen Rahmen absolviert werden können.

### Verunsicherung im Amateursport

Gerade im Amateursportbereich treten viele Fragen auf. Es gibt dort ehrenamtlich tätige Menschen, für die diese Regelungen des Mindestlohn-Gesetzes nicht gelten. Viele Amateursportler sind aber inzwischen soge-

nannte Mini-Jobber, also geringfügig beschäftigt. Für sie gelten die Regelungen des Mindestlohn-Gesetzes. Und damit entstehen Fragen, wie etwa ein Amateurlfußballer seine Aktivitäten im Verein dokumentieren soll. Zählen Training und Physiotherapie auch zur vertraglichen Tätigkeit oder nur das Spiel, bei dem der Fußballer dann auf dem Platz aufläuft? Was ist erlaubt, um nicht den Mindestlohn zu unterschreiten?

Angesichts dieser Fragen herrscht verständlicherweise Verunsicherung über die Dokumentationspflichten vor Ort. Vereine sorgen sich, ob sie möglicherweise wegen Verstößen gegen das Mindestlohn-Gesetz bestraft werden können. Das ist aus unserer Sicht nicht akzeptabel.

Auch der Koalitionspartner hat inzwischen erkannt, dass gerade im Bereich des Amateursports erheblicher Handlungsbedarf besteht. Wir haben mit unserem Antrag zur Entbürokratisierung des Mindestlohns, den wir am Dienstag in der Fraktionssitzung beschlossen haben, einen Vorschlag für Korrekturen unterbreitet. Es geht uns nicht darum, das Mindestlohn-Gesetz zu torpedieren, sondern darum, praktikable Lösungen bei der Dokumentationspflicht zu finden. SPD-Chef Sigmar Gabriel hat am Donnerstag bei seiner Rede zum Jahreswirtschaftsbericht bereits Gesprächsbereitschaft signalisiert. Wir sind zuversichtlich, sowohl den Sportvereinen, aber auch der Wirtschaft praktikable Lösungen für die bestehenden Dokumentationspflichten anbieten zu können.

Zudem ist es der Wunsch unserer Fraktion, bereits zum 30. Juni 2015 einen ersten Evaluationsbericht von der zuständigen Bundesarbeitsministerin vorgelegt zu bekommen. Gerade vor dem Hintergrund der bisher aufgetretenen Verunsicherungen bei Inkrafttreten des Gesetzes halten wir diesen Zeithorizont für angemessen.

## Impressum

Herausgeber  
Michael Grosse-Brömer MdB  
Max Straubinger MdB  
CDU/CSU-Bundestagsfraktion  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

V.i.S.d.P.: Ulrich Scharlack  
Redaktion: Claudia Kemmer (verantw.)

T 030. 227-5 30 15  
F 030. 227-5 66 60  
pressestelle@cducsu.de

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

# „Auf den Lorbeeren nicht ausruhen“

## Wirtschaftliche Lage gut – Regierung stellt Jahresbericht im Bundestag vor – Union dringt auf Bürokratieabbau



© PANORAMO - Fotolia.com

Deutschland steht gut da. Mit diesen knappen Worten lassen sich die wirtschaftliche Lage und die Situation am Arbeitsmarkt derzeit beschreiben. Bereits zum zweiten Mal hintereinander strebt die Bundesregierung 2015 ein Wirtschaftswachstum von 1,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes an. Der Beschäftigungsstand ist mit fast 43 Millionen Menschen auf Rekordniveau. Und auch das Konsumklima ist das beste seit 13 Jahren. Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel stellte am Donnerstag im Bundestag den Jahreswirtschaftsbericht 2015 vor.

In dem Bericht mit dem Titel „Investieren in Deutschlands und Europas Zukunft“ wird die gute wirtschaftliche Lage auf die zunehmenden Exporte und den Anstieg der privaten Konsumausgaben zurückgeführt. Die Konjunktur profitiert auch von realen Lohnzuwächsen und dem niedrigen Ölpreis. Die Regierung hat mit Investitionen in Bildung, Forschung und Entwicklung, Arbeitsmarkt- und Sozialreformen sowie solider Haushaltsführung das Ihre dazu beigetragen. Überraschend schon im vergangenen Jahr kam der Bund erstmals seit 45 Jahren ohne neue Schulden aus.

Mit Blick auf die noch immer nicht vollkommen bewältigte Schuldenkrise im Euro-Raum warnte der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Joachim Pfeiffer, davor, sich auf den Lorbeeren auszuruhen. Auch der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, Michael Fuchs, sagte, die gute Entwicklung sei kein Automatismus: „Wir müssen daran arbeiten, dass das so weiter geht.“ Im ersten Jahr der großen Koalition habe man zu viel über Verteilungsgerechtigkeit nachgedacht und zu wenig darüber, wie man die wirtschaftliche Situation weiter verbessern könne.

Als vorrangig betrachteten es Fuchs und Pfeiffer, die Wirtschaft von den Fesseln der Bürokratie zu befreien. Pfeiffer hob lobend den Plan für ein Gesetz hervor, mit dem für jede neue bürokratische Regelung eine alte abgeschafft werden muss. In diesem Zusammenhang kritisierten beide die im Rahmen der Einführung des Mindestlohns vorgesehenen Dokumentationspflichten für Arbeitgeber. „Das geht ein gutes Stück zu weit“, kritisierte Fuchs. Jenseits des Aufwandes, den die Dokumentation verursacht, ärgerte ihn besonders, dass damit „alle Unterneh-

mer unter den Generalverdacht gestellt werden, dass sie Betrüger sind. Das ist nicht in Ordnung.“

### Digitaler Wandel als Herausforderung

Pfeiffer nannte als eine der Herausforderungen, denen die Regierung sich jetzt stellen müsse, den digitalen Wandel. Schon in dieser Woche falle der Startschuss für die Versteigerung der nicht verwendeten Funkfrequenzen, von der man sich eine digitale Dividende erwarte. Sowohl mit der Funktechnologie als auch mit dem Breitbandausbau, in den die Erlöse der Versteigerung fließen, könne man erreichen, dass die Menschen überall im Land bis spätestens 2018 Daten mit einer Geschwindigkeit von mindestens 50 Megabit pro Sekunde übertragen könnten. Den flächendeckenden Breitbandausbau, nicht nur in Städten, sondern auch entlang von Autobahnen und Schienennetzen, nannte er absolut notwendig – beispielsweise für die Industrie 4.0, das Zusammenwachsen der virtuellen und der realen Welt zu einem sogenannten Internet der Dinge.

# „Geldpolitik ersetzt keine Reformen“

## Norbert Barthle über das EZB-Programm zum Anleihenkauf und die neue Regierung in Griechenland



Foto: Thomas Zehnder

**Norbert Barthle**

Vorsitzender der Arbeitsgruppe Haushalt der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Die Europäische Zentralbank will den Banken von März 2015 bis September 2016 monatlich Anleihen im Umfang von 60 Milliarden Euro abkaufen. EZB-Präsident Mario Draghi will damit eine Deflation abwehren und das Wachstum ankurbeln. Über die Geldspritze sowie über die Wahl in Griechenland, das nur sehr schwer aus der Euro-Krise herausfindet, sprach „Fraktion direkt“ mit dem haushaltspolitischen Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Norbert Barthle.

*Herr Barthle, die EZB pumpt mit dem Aufkauf von Wertpapieren 1,14 Billionen Euro frisches Geld in den Markt. Wie sinnvoll erscheint Ihnen das?*

Barthle: Die EZB entscheidet unabhängig innerhalb ihres Mandats über ihre geldpolitischen Maßnahmen. Das respektiere ich, auch wenn ich mir nicht sicher bin, ob das Programm wirklich den gewünschten nachhaltigen Einfluss auf Inflation und Wachstum haben wird. Die Risiken und potenziellen Folgewirkungen des Aufkaufprogramms sind erheblich. Mit ihrer Entscheidung vom 22. Januar läuft die EZB auch den von ihr selbst geschürten Erwartungen hinterher.

*Kann es Folge der EZB-Maßnahme sein, dass hoch verschuldete Euro-Länder wegen des billigen Geldes nun Strukturreformen und Haushaltskonsolidierung vernachlässigen?*

Barthle: Die Gefahr besteht. Die EZB ist auch deshalb unter Handlungsdruck gekommen, weil die Wirtschaft in Europa sich nicht schnell genug von der Euro- und Finanzkrise erholt hat. Hier sind alle Länder in der Verantwortung, die notwendigen Reformen umzusetzen.

Die Länder mit Hilfsprogrammen des Euro-Rettungsschirms wie Spanien, Portugal und Irland können zum Teil substanzielle Reformenerfolge vorweisen. Problematischer ist der Reformstau in Ländern wie Frankreich und Italien. Denn geldpolitische Maßnahmen können Strukturreformen und Haushaltskonsolidierung nicht ersetzen. Der Reformkurs muss weiter konsequent umgesetzt werden. Dasselbe gilt für die Einhaltung des Stabilitäts- und Wachstumspakts.

*Angesichts der niedrigen Zinsen ist jetzt schon eine Flucht in Sachwerte zu verzeichnen, insbesondere in Immobilien. Droht da die nächste Blase?*

Barthle: Das ist natürlich eine Gefahr bei einem derart niedrigen Zinsniveau. Für viele Anleger wird es immer schwerer, in diesem Umfeld auskömmliche Erträge zu erwirtschaften. So sieht auch die Bundesbank die Gefahr, dass niedrige Zinsen Investoren zu riskanteren Entscheidungen verleiten. Sollte diese Entwicklung noch länger anhalten, sind Übertreibungen am Immobilienmarkt auch aus Sicht der Bundesbank nicht auszuschließen.

*Die private Altersvorsorge und die Sparanlagen schmelzen ohne einen Inflati-*

*onsausgleich in Form von Zinsen dahin. Was tun, wenn gar sogenannte Negativzinsen drohen?*

Barthle: Die extrem niedrigen Zinsen sind in der Tat ärgerlich für die Sparer. Die EZB muss eine Strategie entwickeln, um langfristig wieder zu einem höheren Zinsniveau zu kommen. Zum Glück sind Negativzinsen für die Bürgerinnen und Bürger derzeit noch kein Problem, das sie direkt betrifft. Bislang ziehen nur einige wenige Banken für sehr große Summen und für einen beschränkten Kundenkreis negative Zinsen in Betracht.

*In Griechenland regiert nun das Linksbündnis Syriza mit einem rechtspopulistischen Koalitionspartner. Was bedeutet das für den Reformkurs des Landes und die europäischen Hilfen?*

Barthle: Eine demokratische Wahl haben wir zu respektieren. Gleichzeitig sind die Spielregeln klar. Auch die neue griechische Regierung muss sich an geschlossene Verträge halten. Europäische Solidarität gibt es auch in Zukunft nicht ohne Gegenleistung. Für den neuen Regierungschef Tsipras gibt es kaum Spielraum, seine vielen Wahlversprechen umzusetzen, will er weiter die Hilfe der europäischen Partner in Anspruch nehmen. Einen weiteren Schuldenschnitt wird es nicht geben. Wir sind Griechenland bei den Zins- und Tilgungskonditionen bereits sehr weit entgegen gekommen.

Und der Vorwurf, dass die Troika oder gar Deutschland Griechenland einseitig zum Sparen gezwungen hätten, ist falsch. Die Stärkung der Wachstumskräfte der griechischen Wirtschaft ist schon jetzt ein wichtiger Schwerpunkt des Anpassungsprogramms. Aber Reformen müssen auch umgesetzt werden.

# Mit Datenspeicherung gegen kriminelle Banden

## Fachgespräch der Unionsfraktion zu Einbrüchen und Autodiebstählen



© sdecoret - Fotolia.com

Wohnungseinbrüche und Autodiebstähle nehmen seit Jahren zu. Nicht nur der materielle Schaden wiegt schwer, sondern auch die psychische Belastung für die Betroffenen. Angesichts dieser Entwicklung hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion in einem Fachgespräch mit Experten am Mittwoch versucht auszuloten, wie man dem Problem begegnen kann. Als eine mögliche Maßnahme brachte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Thomas Strobl die steuerliche Absetzbarkeit oder KfW-Kredite für bauliche Sicherungsmaßnahmen ins Spiel.

Einbrüche und Autodiebstähle sind laut Stefan Michel vom Bundeskriminalamt inzwischen Massendelikte. Seit 2009 sei bei Einbrüchen ein erheblicher Anstieg zu verzeichnen, vor allem in Großstädten wie Hamburg, Bremen und Berlin sowie entlang der Fernstraßen, sagte der Kriminaldirektor, der sich mit Wirtschafts-, Finanz- und Eigentumskriminalität beschäftigt. Bei den Autodiebstählen sei das Niveau zwar gleichbleibend, doch steige die Schadenssumme. Den Anstieg führte er vor allem auf „reisende Täter“ zurück, kriminelle Banden aus Ost- und Südosteuropa, die

international agieren, aber auf Einheimische zurückgreifen, die sie logistisch unterstützen.

### Kommunikationsdaten für Aufklärung unverzichtbar

Der Bundesvorsitzende des Bundes Deutscher Kriminalbeamter, André Schulz, berichtete, dass die Aufklärungsquote bei lediglich 15 Prozent liege. Die Hälfte der Täter werde verurteilt, und nur ein Prozent bekomme überhaupt eine Haftstrafe, sagte Schulz. Die Zahl der Streifenbeamten zu erhöhen, bringt seiner Meinung nach kaum etwas, denn nur wenige Einbrecher oder Diebe würden auf frischer Tat ertappt. Stattdessen müsse die Kriminalpolizei verstärkt werden, damit sie Täterstrukturen ermitteln, Netzwerke aufdecken und Schmuggelwege nachvollziehen könne. Schulz sprach sich insbesondere für die Wiedereinführung der Datenspeicherung auf Vorrat aus. Wenn die Beamten wüssten, wer mit wem kommuniziere, trage das erheblich zur Erhellung der Bandenstrukturen bei.

Auch Oliver Hauner vom Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft sprach im Zusammenhang

mit Einbrüchen und Autodiebstählen von einem „funktionierenden Geschäftsmodell“. Er sprach sich wie Michel dafür aus, dass Bewohner ihre Häuser und Wohnungen mit sicheren Fenstern und Türen ausstatten. Dies sei keineswegs mehr exorbitant teuer, dafür aber effizient. Je länger ein Einbrecher für sein Handwerk brauche, desto eher lasse er davon ab. Hauner empfahl auch, im Zuge der energetischen Gebäudesanierung quasi als „Mitnahmeeffekt“ die Sicherheitsvorschriften zu verschärfen.

### Fehlende staatliche Vorgaben kritisiert

„Es gibt keinerlei staatliche Vorgaben für die Gebäudesicherheit“, monierte er. Strobl zeigte sich indes skeptisch, was die Einführung weiterer Bauvorschriften angeht. Diese machten den Haus- und Wohnungsbau nur noch bürokratischer. Der Fraktionsvize sprach sich für eine stärkere Polizeipräsenz aus. Für 2015 habe der Bund 400 neue Stellen bei der Bundespolizei geschaffen, unterstrich er. Dies sei auch ein Signal an die Länder, ihr Personal ebenfalls aufzustocken.

# „Es gibt keine deutsche Identität ohne Auschwitz“

## Gedenkstunde zum 70. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers – Gauck als Gastredner im Bundestag



Foto: Tobias Koch

Bundespräsident Gauck gedenkt der Opfer des Holocaust

Zum 70. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz hat der Bundestag in einer Feierstunde der Opfer der nationalsozialistischen Verbrechenherrschaft gedacht. „Es ist eine bleibende Aufgabe, die Erinnerung an das, was in der Zeit des Nationalsozialismus geschehen ist, auch unter den nachwachsenden Generationen wachzuhalten“, sagte Bundestagspräsident Norbert Lammert. Der diesjährige Gastredner, Bundespräsident Joachim Gauck, betonte: „Es gibt keine deutsche Identität ohne Auschwitz.“

Am 27. Januar 1945 war das Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz von Truppen der Roten Armee befreit worden. Seit 1996 nimmt Deutschland diesen Tag zum Anlass, an die Verbrechen zu erinnern, die von Deutschen begangen wurden. Die Vereinten Nationen erklärten den 27. Januar im Jahr 2005 zum Internationalen Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust. Auschwitz stehe als Synonym „für das, was Menschen Menschen antun können“, sagte Lammert.

Das Gedenken gelte allen Entrechteten, Gequälten und Ermordeten: den europäischen Juden, den Sinti

und Roma, den Zeugen Jehovas, den Millionen versklavter Slawen, den Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern, den Homosexuellen, den politischen Gefangenen, den Kranken und Behinderten, all denen, die die nationalsozialistische Ideologie zu Feinden erklärt und verfolgt hatte. Erinnert werde aber auch an all diejenigen, die mutig Widerstand leisteten oder anderen Schutz und Hilfe gewährten und dafür selbst allzu oft mit dem Leben bezahlen mussten.

---

*„Erinnerung bleibt Sache aller Bürger, die in Deutschland leben“*

---

Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass die Zeitzeugen immer weniger werden, zeigte sich Gauck sicher, dass die Erinnerung an die Verbrechen lebendig bleiben wird. Sie sei inzwischen „Kernbestand unserer Geschichtserzählung“. Junge Menschen stellten sich oft unbefangener und of-

fener der schambehafteten Vergangenheit, erforschten tabuisierte Familiengeschichten und versenkten sich in die Biografien von Verfolgten und Verfolgern.

Dem Deutschland der Gegenwart schrieb Gauck ins Gedächtnis: „Erinnerung bleibt eine Sache aller Bürger, die in Deutschland leben.“ Damit wandte er sich auch an Einwanderer und forderte sie auf, sich mit der deutschen Geschichte auseinanderzusetzen. „Wir alle tragen Verantwortung dafür, welchen Weg dieses Land gehen wird.“ Er fügte hinzu: „Die moralische Pflicht, die auf uns liegt, erfüllt sich nicht nur im Erinnern.“ Zu ihr gehöre auch, dass sich die Bürger jeder Art von Ausgrenzung entgegenstellen und dass Deutschland jenen, die vor Terror und Verfolgung flüchteten, eine sichere Heimstatt biete.

### Freundschaft zu Israel einzigartig

Lammert und Gauck verwiesen auf die universelle Bedeutung der Erinnerung an den Holocaust. Verbrechen wie die von Deutschen unter Hitler begangenen dürfe man „nie wieder geschehen lassen, nirgendwo, an keinem Platz der Welt“, sagte der Bundestagspräsident. Auch der Bundespräsident mahnte, die Welt dürfe nie wieder die Augen verschließen vor Genozid und Massenmord. Die Deutschen müssten sich fragen, ob sie bereit und fähig seien zur Prävention, ob sie den Willen hätten, sich Verbrechen gegen die Menschlichkeit entgegenzusetzen.

Beide würdigten die einzigartige Freundschaft zu Israel – ein Geschenk, wie Gauck sagte, welches ohne die Aufarbeitung der Vergangenheit den Deutschen nicht zuteil geworden wäre. 50 Jahre ist es her, dass beide Länder diplomatische Beziehungen aufnahmen: damals, gerade einmal 20 Jahre nach der Befreiung von Auschwitz, beileibe keine Selbstverständlichkeit.

# Hohe Leistungsfähigkeit der deutschen Landwirtschaft macht stolz

## Michael Grosse-Brömer und Franz-Josef Holzenkamp besuchten die Grüne Woche

In der vergangenen Woche fand die weltgrößte Agrarmesse, die Grüne Woche, zum 80. Mal in Berlin statt. Insgesamt 1.658 Aussteller aus 68 Ländern gaben und verschafften sich während der zehn Messtage einen Marktüberblick. Doch die Grüne Woche ist nicht nur ein Treffpunkt für Fachleute, sondern zieht auch immer wieder zahlreiche Bürger an. In diesem Jahr kamen 415.000 Besucher, die sich von der Qualität der landwirtschaftlichen Produkte in den verschiedenen Messehallen überzeugen konnten.

Michael Grosse-Brömer, Parlamentarischer Geschäftsführer der Unionsfraktion, und Franz-Josef Holzenkamp, agrar- und ernährungspolitischer Sprecher der Fraktion, zählten ebenfalls zu den Besuchern. Die beiden Niedersachsen überzeugten sich nicht nur in der Halle ihres Bundeslandes von der hervorragenden Qualität der Produkte, sondern kamen vor allem auf dem Erlebnis-Bauernhof der Grünen Woche mit Verbänden, Organisationen und Unternehmen ins Gespräch, die sich unter dem Dach der Fördergemeinschaft Nachhaltige Landwirtschaft (FNL) zusammenge-



Fotos: Christina Wendt

Franz-Josef Holzenkamp und Michael Grosse-Brömer trafen in der Niedersachsen-Halle Landfrau Annette Kammeier und Heidekönigin Sophia Wischmann

funden haben. Die moderne Agrarwirtschaft sieht sich mitunter harscher Kritik ausgesetzt. Doch letztlich müssen die Landwirte auch wettbewerbsfähig bleiben und der Ernährungswirtschaft zuliefern. Den Landwirten des Erlebnis-Bauernhofs war die Diskussion mit den Besuchern

sehr wichtig, denn im Gespräch mit ihnen konnte manches Vorurteil aufgehoben werden. „Die Land- und Ernährungswirtschaft stellt sich den neuen Herausforderungen und notwendigen Veränderungen. Gleichmaßen wahrt sie ihre hohe Leistungsfähigkeit, auf die wir stolz sein können. Die Ernährungswirtschaft ist mit einem Jahresumsatz von fast 200 Milliarden Euro immerhin die fünfstärkste Branche in Deutschland“, zeigte sich Michael Grosse-Brömer nach dem Besuch des Erlebnis-Bauernhofs begeistert.

Und Franz-Josef Holzenkamp ergänzte: „Die Land- und Ernährungswirtschaft hat sich auch in diesem Jahr bei der Grünen Woche wieder von ihrer besten Seite gezeigt. Lebensmittel sind heute so sicher, gesund, vielfältig und bezahlbar wie noch nie. Die deutsche Ernährungswirtschaft stellt sich den unverzichtbaren Reformen und geht diese offensiv an. Wir verbieten uns daher hysterische, unsachliche Angriffe der vermeintlichen Gutmenschen.“



Franz-Josef Holzenkamp und Michael Grosse-Brömer besuchten auch Georg Schirmbeck, den Präsidenten des Forstwirtschaftsrates, und seine Mitarbeiterin

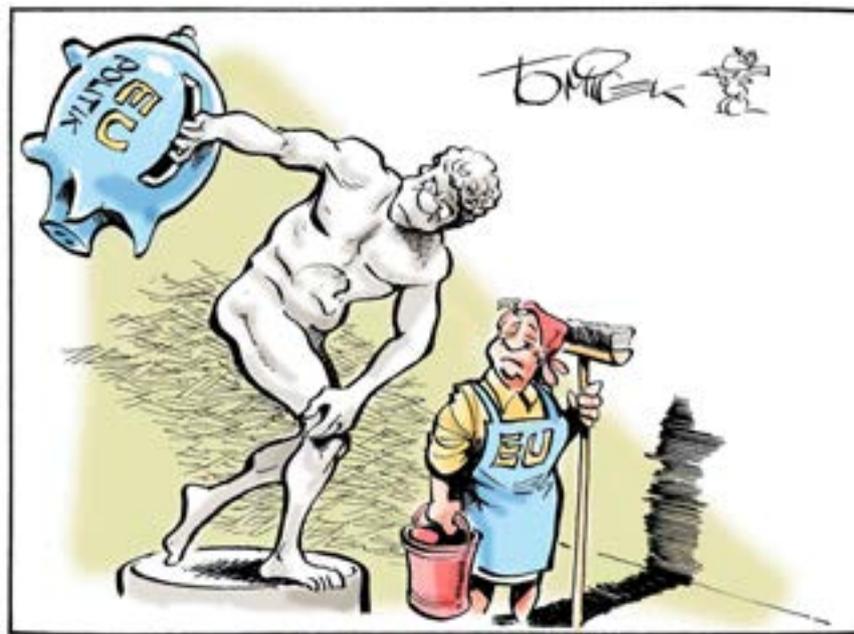
# Verbraucherpreise 2014 minimal gestiegen

## Energiepreise drücken Inflation

Die Verbraucherpreise in Deutschland haben sich im Durchschnitt des Jahres 2014 nur minimal erhöht. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) mitteilte, lag die Steigerung bei 0,9 Prozent. Somit ist die Jahresteuerrate seit 2011 rückläufig. Eine niedrigere Teuerung im Jahresdurchschnitt hatte es zuletzt 2009 mit 0,3 Prozent gegeben.

Die geringe Teuerungsrate 2014 wurde im Wesentlichen durch die Preisrückgänge bei Energie geprägt. Energie verbilligte sich um 2,1 Prozent vor allem infolge der Rohölpreisentwicklung. Am stärksten gingen die Preise für leichtes Heizöl zurück (minus 7,8 Prozent), auch die Kraftstoffpreise sanken deutlich (minus 4,4 Prozent). Den starken Preisrückgängen bei Mineralölprodukten standen moderate Preisentwicklungen bei anderen Energieprodukten gegenüber. So sanken die Umlagen für Zentralheizung und Fernwärme um 1,3 Prozent, für Gas um 0,1 Prozent. Für Strom stiegen sie um 1,9 Prozent. Ohne Berücksichtigung der Energiepreise insgesamt lag die Jahresteuerrate 2014 bei 1,3 Prozent.

Nahrungsmittelpreise insgesamt erhöhten sich 2014 um 1,0 Prozent gegenüber 2013. Spürbar teurer waren Molkereiprodukte mit plus 7,9 Prozent. Preiserhöhungen gab es auch bei Fisch und Fischwaren um 1,9 Prozent, Süßwaren um 1,7 Prozent sowie Brot und Getreideerzeugnissen um 1,3 Prozent. Günstiger wurde vor allem Gemüse mit Preissenkungen von 3,4 Prozent.



Zeichnung: Tomček

### Fraktion direkt bestellen

Unser Newsletter „Fraktion direkt“ erscheint in den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages. Wenn Sie ihn künftig regelmäßig lesen wollen, können Sie ihn unter [www.cducusu.de/newsletter](http://www.cducusu.de/newsletter) abonnieren.

### Termine [www.cducusu.de/veranstaltungen](http://www.cducusu.de/veranstaltungen)

16./17. April 2015 Tagung der GfV von CDU/CSU- und SPD-Fraktion in Göttingen

Die Preise für Waren insgesamt stiegen 2014 gegenüber 2013 in deutlich geringerem Ausmaß (0,2 Prozent) als die Preise für Dienstleistungen (1,6 Prozent). Unter den Waren verteuerten sich neben den Nahrungsmitteln insbesondere Zeitungen und Zeitschriften um 4,6 Prozent sowie Tabakwaren um 3,6 Prozent. Erhebliche Preisrückgänge wurden außer bei Mineralölprodukten auch bei Telefonen von minus 7,3 Prozent und Geräten der Unterhaltungselektronik von minus 5,6 Prozent ermittelt.

Maßgeblich für die Preisentwicklung der Dienstleistungen war der Preisanstieg bei der Nettokaltmiete um 1,5 Prozent. Weitere Preiserhöhungen gab es bei Dienstleistungen sozialer Einrichtungen sowie bei Friseurleistungen und anderen Dienstleistungen für Körperpflege (jeweils 3,6 Prozent). Etwas günstiger wurden Telekommunikationsdienstleistungen mit einem Minus von 1,2 Prozent.

#### Die CDU/CSU-Fraktion im Internet

[www.cducusu.de](http://www.cducusu.de)

Der Blog der CDU/CSU-Fraktion

[blogfraktion.de](http://blogfraktion.de)

Fraktion direkt

[www.cducusu.de/fd](http://www.cducusu.de/fd)



[www.facebook.com/cducusubundestagsfraktion](http://www.facebook.com/cducusubundestagsfraktion)



[www.youtube.com/cducusu](http://www.youtube.com/cducusu)



[twitter.com/cducusubt](http://twitter.com/cducusubt)